

«Die Schule erträgt und braucht Politik»

Die Volksabstimmungen zu Bildungsvorlagen der vergangenen Monate zeigen: Es wurde in den letzten Jahren zu wenig und zu wenig gründlich über Schule und Bildung diskutiert. Damit HarmoS und «Lehrplan 21» nicht scheitern, braucht es eine neue «Landsgemeindekultur». So lautet das Kurzfazit einer prominent besetzten Podiumsdiskussion an der LCH-Delegiertenversammlung vom 13. Juni in Bern.



Fotos: Marc Renaud

88 Delegierte aus allen LCH-Kantonalsektionen, Stufen- und Fachverbänden, eine Reihe prominenter Gäste sowie die Mitarbeitenden des LCH-Sekretariats folgten gespannt der lebendigen Podiumsdiskussion.

«Wie viel Politik erträgt die Schule?» Diese provokative Frage stellte der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH ins Zentrum seiner Delegiertenversammlung 2009 vom 13. Juni im Kursaal Bern, an der 88 Delegierte aus den Kantonalsektionen, Stufen- und Fachverbänden des LCH teilnahmen.

Heinz Weber

«Die Schule erträgt nicht nur viel Politik; sie braucht auch viel Politik», war die Antwort der SP-Nationalrätin und ehe-

maligen Sekundarlehrerin Jacqueline Fehr an einem von der Radiojournalistin und Bildungsfachfrau Cornelia Kazis geleiteten Podiumsgespräch zum Tagesthema.

«Das Schlimmste wäre, wenn sich nur noch eine Partei um die Bildung kümmern würde», ergänzte Professor Rudolf Minsch, Chefökonom des Wirtschaftsverbandes *économiesuisse*. «Die Wertschätzung der Schule ist absolut nötig», gab demgegenüber Bernhard Pulver, Bildungsdirektor des Kantons Bern, zu bedenken; bei der Vielzahl politischer

Ansprüche und Vorstösse zum Thema Schule von allen politischen Seiten sei es für ihn oft schwierig, eine konstante Linie zu halten.

Mehr Zentralisierung? Mehr Autonomie?

«Wir müssen uns abgewöhnen, das Rad immer wieder neu zu erfinden», sagte Ellen Ringier, Herausgeberin der Zeitschrift «Fritz+Fränzi». Als Vertreterin der Eltern-Interessen wünscht sie sich ein «Bundesamt für Familien», das wichtige Dinge für das ganze Land dekretieren könnte – beispielsweise die Einführung von Tagesschulen.

Nicht mehr Zentralisierung, sondern mehr Autonomie für die einzelnen Schulen fordert hingegen Nationalrätin Fehr. Dies sei der einzige Ausweg aus dem Dilemma, dass zurzeit an der Schule sehr viel in sehr kurzer Zeit verändert werden müsse, was aber genau wegen des Zeitdrucks und der Vielfalt nicht gelingen könne.

Die Frage, wie viel Politik die Schule erträgt, hatte sich nicht zuletzt gestellt, nachdem die SVP mit weinenden Kindern und dürftiger Argumentation mehrere Volksabstimmungen zum Bildungsprojekt HarmoS gewonnen hatte. Rudolf Minsch hält der Partei zugute, dass sie an Tabus gerührt habe, dass sie die EDK und die kantonalen Bildungsbehörden zwingt, aus ihren Büros herauszutreten und dem Volk die Vorlagen zu erklären. Jacqueline Fehr meinte, die Abstimmungen zeigten, «dass wir in den letzten Jahren sehr wenig und zuwenig gründlich über Bildung diskutiert haben».

Im Visier der Reformgegner ist immer wieder die «Kuschelpädagogik» oder «Wohlfühlschule», in der angeblich zu wenig Leistungsdenken und Disziplin herrschen. Für Bildungsdirektor Pulver ist dies ein völlig verfehelter Ansatz: «Wie wollen wir Höchstleistungen erbringen, wenn man sich in der Schule nicht wohlfühlt?» Grundsätzlich brauche die Schule «eine Politik, die weniger an Output denkt und mehr an Beziehungen».

Mehrere Voten von Delegierten zeigten, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer



Eine intensive, spannende Diskussion in einem vorwiegend freundlichen Klima. Die Teilnehmenden von links: Ellen Ringier, Bernhard Pulver, Gesprächsleiterin Cornelia Kazis, Rudolf Minsch und Jacqueline Fehr.

von der Politik, aber auch von den Exponenten der Wirtschaft und der Medien zu wenig unterstützt fühlen. Deren Support sei nötig, um die Autorität der Lehrpersonen zu verbessern, den guten Ruf der Schule – und somit auch die Attraktivität des Lehrberufs – wieder herzustellen.

Priorität: Klärung des Auftrags

«Es ist ein Stück Bescheidenheit angesagt», meinte in seinem Schlusswort zur Podiumsdiskussion Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH. Es bleibe der Schule nicht erspart, mit einer grossen Heterogenität der Ansprüche und der Vorstellungen über die Realisierung dieser Ansprüche umzugehen.

Zu fordern sei heute in erster Linie eine Klärung des Auftrags der Schule, wie sie zurzeit unter anderem mit dem Deutschschweizer «Lehrplan 21» unternommen wird, sagte Strittmatter. Damit dieses Gemeinschaftsunternehmen für 21 Kantone auch nur einigermaßen erfolgreich sein könne, brauche es dringend eine neue «Landsgemeindekultur» des Redens über Bildung in der Schweiz.

«Ein kollektives Gut»

Als Grundlage für das Podiumsgespräch zum Thema «Wie viel Politik erträgt die Bildung?» hatte das Leitungsteam des LCH sechs Thesen entwickelt. Hier einige Auszüge:

- Die Etablierung eines öffentlichen Pflichtschulwesens war und ist seit der Zeit um 1800 die Voraussetzung für die demokratische Verfassung der Staaten. Mitbestimmung setzt Bildung voraus sowie die Kenntnis und Akzeptanz der gemeinsamen Grundwerte einer Gesellschaft. Der Auftrag und die Grundverfassung der Schule als Teil der grossen Idee der «Polis» müssen daher in der «Polis» ausgehandelt werden. Die Politisierung der Schule als öffentlich verhandelte Bildungspolitik ist erforderlich und gut. Ideologisches «Gezänk», Dilettantismus und Expertenstreit sind als Preis dafür auszuhalten.
- Schule darf nicht zum Spielball der Parteipolitik werden. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Parteien oder Politiker(innen) schulische Themen missbrauchen, um auf Stimmenfang zu gehen. Populistische Profilierung

hilft der Schule aber nicht weiter. Ein Wettbewerb der guten Ideen zwischen den politischen Parteien hingegen schon. Dies setzt einen sachbezogenen Umgang mit schulischen Themen in der Politik voraus.

- Schulisch veranstaltete Bildung ist ein «kollektives Gut» und lässt sich daher auch nur kollektiv steuern. Anspruchsberechtigt sind dabei die Lehrenden und Lernenden genauso wie die Bildungsverwaltung, Schulaufsicht, Fachpersonal und die Eltern, aber auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft im weiteren Sinn. Mühsam ist in diesem Disput nicht die Vielfalt, sondern der Umstand, dass viele Interessenvertretungen sich selbst für Expertinnen und Experten in Schulfragen halten, obwohl sie nur auf ihre eigene, oft weit zurückliegende Schulerfahrung zurückgreifen können.
- Die Überwindung gegenseitiger Vorurteile, der respektvolle Dialog zwischen den ganz unterschiedlichen «Wissenden» ist die ewige Herausforderung für verantwortungsvolles Politisieren. Die Formel von Friedrich Dürrenmatt «Was alle angeht, können nur alle lösen» bleibt ebenso wahr wie anstrengend.

«Wo kommen wir denn hin...»

LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp nahm in seinem Eingangsreferat zur Delegiertenversammlung unter anderem mit einer Prise Ironie den bildungspolitischen Profilierungsdrang der Parteien aufs Korn.

«In den letzten Monaten gab es eine Flut von Reformvorschlägen und bildungspolitischen Grundsatzpapieren von Parteien, Elternorganisationen, Wirtschaftsverbänden usw. Auch über mangelndes Interesse im Volk können wir uns nicht beklagen. Schliesslich ist jede und jeder einmal zur Schule gegangen und weiss genau, was zu verbessern wäre. Die CVP möchte mehr christlich-ethische Werte in der Schule, die FDP einheitliche Qualitätsstandards und Noten auf allen Stufen, die Grüne Partei mehr Bildung für Nachhaltige Entwicklung und die SP will flächendeckend Tagesschulen einführen – wenn auch nicht sofort. Selbstverständlich ist die SVP dagegen, und es kommt überhaupt nicht in Frage, dass linke und grüne Anliegen wie «Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung» in die Lehrpläne aufgenommen werden.

Wo kommen wir hin, wenn die junge Generation nicht nur an die Umwelt denkt, sondern sich auch noch für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzt und dabei gleichzeitig lernen muss, die Bedürfnisse einer nachhaltigen Wirtschaft zu verstehen? Überhaupt ist der Lehrplan 21 gemäss SVP nur ein ideologisches Machwerk der EDK. Deshalb bekämpft sie den gemeinsamen Lehrplan, auch wenn in der Bundesverfassung steht, dass die Kantone die Ziele der Volksschule vereinheitlichen müssen. Nur bei der freien Schulwahl sagt die Volkspartei ja statt nein, obwohl die freie Schulwahl im Kanton Baselland vom Volk mit 80% verworfen wurde.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Es ist das gute Recht der Parteien und anderer Organisationen, solche Positionspapiere für das Schulwesen zu erstellen und in der politischen Debatte einzusetzen. Dadurch wird der Wettbewerb der guten Ideen angekurbelt. Und das ist auch gut so. Das setzt aber einen sachbezogenen Umgang mit schulischen Themen voraus. Ideologisches Gezänk und Dilettantismus helfen uns ebenso wenig weiter wie Expertenstreitereien und populistische Verallgemeinerungen von blossen Vorurteilen.»

«Wer wird Millionär?» – LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp hatte sein Eingangsreferat in den Rahmen einer fiktiven Fernseh-Show gestellt...



...und gewann damit nicht nur die Aufmerksamkeit seines Publikums, sondern sorgte auch für gute Stimmung, die den ganzen DV-Tag über anhielt.

«Wir brauchen eine neue Landsgemeindekultur.» – Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle LCH, zog seine Schlüsse aus der Podiumsdiskussion zu Bildung und Politik.



«Weniger an Output denken, mehr an Beziehungen.» – Bernhard Pulver, «grüner» Bildungsdirektor des Kantons Bern mit guten Beziehungen zur Lehrerschaft.